

Flüchtlingsrat appelliert an die Krefelder Landtagsabgeordneten

Nein zur Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete in NRW –

Keine weiteren Kürzungen im Sozialbereich im Haushaltsentwurf der Landesregierung – insbesondere auch nicht bei der Flüchtlingshilfe !

In einem Schreiben an die Krefelder Landtagsabgeordneten Britta Oellers und Marc Blondin (beide CDU) und Meral Thoms (Grüne) sowie an die im Rat der Stadt vertretenen Fraktionen hat der Flüchtlingsrat nochmals dargelegt, welche Gründe gegen die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete in den Städten und Gemeinden NRWs sprechen. Deren Einführung soll im Rahmen der Haushaltsberatungen vom Landtag beschlossen werden. 12,5 Millionen € sind dafür vorgesehen. Gleichzeitig sind Kürzungen von insgesamt 83 Millionen € im Sozialbereich – u.a. bei Integrationskursen, bei der Rechtsberatung von Geflüchteten sowie bei der Unterstützung von in der Flüchtlingshilfe engagierten Ehrenamtler*innen vorgesehen.

„Die Bezahlkarte für Geflüchtete ist diskriminierend, integrationsfeindlich, verfassungs- und datenschutzrechtlich zumindest bedenklich und hält keinen Menschen, der vor Krieg, Vertreibung und Diskriminierung nach Deutschland fliehen will, von der Flucht ab“, betont Elisabeth Voellings, Vorsitzende des Flüchtlingsrates und befindet sich mit dieser Einschätzung bundesweit im Einklang mit allen Wohlfahrtsverbänden und Menschenrechtsorganisationen.

Bei der von den Wohlfahrtsverbänden organisierten Großdemonstration „NRW bleib sozial“ auf den Rheinwiesen in Düsseldorf im Schatten des Landtages erläuterte u.a. der Geschäftsführer des Kölner Flüchtlingsrates Ulrich Preuß vor 32 000 Demonstranten die fatalen Folgen der geplanten Kürzungen für Geflüchtete und für die in der Flüchtlingshilfe engagierten Ehrenamtler*innen.